

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluss Nr. 22.

Verlagspreis für den Abnehmer: 10 Pfennige. — Einzelhefte 2 Pfennige. — Anzeigen 10 Pfennige. — Anzeiger 10 Pfennige. — Anzeiger 10 Pfennige. — Anzeiger 10 Pfennige.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 39

Dienstag, den 16. Februar 1931

27. Jahrgang

Hindenburgs Antwort an das deutsche Volk

Bereit, an der Spitze der Nation zu bleiben

Der Erfolg der überparteilichen Aktion

Berlin, 15. Februar. Reichspräsident v. Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Anfragen und Aufforderungen in der Angelegenheit der Präsidentschaftsfrage folgende Antwort:

Nach ernster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Bereiterklärung eine Willkür erblicken. Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit aller Kraft dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zu Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibe ich mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes zu einem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.

2370000 Eintragungen für Hindenburg

Berlin, 14. Februar. Die bisher dem Hindenburg-Kandidat gemeldeten Einzelangaben beliefen sich am Sonntag auf etwa 2 370 000. Es handelt sich hierbei noch nicht um ein abschließendes Prüfungsergebnis.

Reichspräsidentenwahl am 13. März

Berlin, 13. Februar. Der Reichsminister des Innern hat den Reichstagspräsidenten gebeten, einen Beschluß des Reichstages über den Wahltag für die Reichspräsidentenwahl herbeizuführen. Als Wahltag hat er namens der Reichsregierung Sonntag, den 13. März, für einen etwa erforderlich werdenden zweiten Wahlgang Sonntag, den 10. April, vorgeschlagen.

Berlin, 13. Februar. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen dahin verständigt, daß er dem Reichstag als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl Sonntag, den 13. März vorgeschlagen hat. In der Voraussetzung, daß der Reichstag diesem Vorschlag entsprechend beschließen wird, hat der Reichsminister die Landesregierungen gebeten, die Gemeindebehörden anzuweisen, mit der Anlegung der Stimmlisten und Nachprüfung der Stimmkarten sofort zu beginnen.

Das Ergebnis der Ruffhäuser-Konferenz

Berlin, 14. Februar. Die Frage der Reichspräsidentenwahl ist am Sonntag ein entscheidendes Stadium gekommen. Unter den vielfachen Besprechungen und Konferenzen, die heute in dieser Angelegenheit stattfanden, kommt einer Zusammenkunft der Vorsitzenden der Landesregierungen des Ruffhäuser-Bundes die Hauptbedeutung zu. Der Ruffhäuser-Bund hat damit seine Haltung erklärt und sein Vorkämpfer, General von Horn, wird morgen zum Reichspräsidenten gehen, um ihm die entsprechende Mitteilung zu machen. Es ist erklärlich, daß man mit der Bekanntgabe der Entscheidung zurückhält, bis dieser Besuch stattgefunden hat. Es darf aber nach Ansicht unterrichteter Kreise als sicher gelten, daß der Vorsitzende des Ruffhäuser-Bundes dem Reichspräsidenten sein Eintreten für die Hindenburg-Kandidatur ankündigt wird. Wahrscheinlich werden auch die Bundesführer des Stahlhelms an diesem Empfang teilnehmen. — Innerhalb des Stahlhelms sind heute ebenfalls Beratungen mit den Landesführern im Gange. Sie sollen bis zu den morgigen Empfängen ebenfalls zum Abschluß gebracht werden. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß dann morgen auch Oberbürgermeister Sahm dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Unterschriftensammlung Bericht erstattet, und daß im Anschluß an diese Empfänge Reichspräsident von Hindenburg seine Zustimmung zu der Kandidatur mit einer Rundgebung bekanntgibt. — Im übrigen ist nur noch zu erwähnen, daß keineswegs eine große Konferenz der Nationalsozialisten stattfand, wie man aus dem letzten Artikel von Dr. Goebbels geschlossen hatte. Es handelt sich dabei vielmehr um die Ankündigung der üblichen Instruktionssammlungen, die bei allen Ortsgruppen der NSDAP. vielschichtig durchgeführt werden.

Stahlhelm für Hindenburg

Berlin, 15. Februar. Das Bundespräsidium des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, teilt mit, daß am gestrigen Sonntag in Berlin eine Führerbesprechung in der Frage der Reichspräsidentenwahl stattgefunden hat. In voller Einmütigkeit wurde erklärt, daß der Stahlhelm wie bei der seinerzeitigen Präsidentschaftswahl auch jetzt wieder in seiner Gesamtheit zum Einsatz für den Generalfeldmarschall von Hindenburg bereitstehe, vorausgesetzt allerdings, daß eine ausreichende, sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Das Ergebnis der Führerbesprechung ist dem Reichspräsidenten mitgeteilt worden.

Deutsche Volkspartei für Hindenburg

Berlin, 13. Februar. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung am Sonntagabend folgende Entschließung gefaßt: Die Deutsche Volkspartei setzt sich mit aller Kraft für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ein. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg, sein Name und eine Persönlichkeit sind die stärkste Bürgschaft für Sicherung des inneren Friedens und der erfolgreichen Durchführung der nationalen Freiheitsziele.

des Vaterlandes. Angesichts der bedauerlichen Entwicklung, die die Kandidatur Hindenburgs in der öffentlichen Erörterung genommen hat, richtet die Deutsche Volkspartei an alle verantwortlichen politischen Persönlichkeiten die Aufforderung, unter Verzicht auf parteipolitische Ansprüche die Wahl Hindenburgs zu einer Gemeinschaftsaktion des deutschen Volkes zu machen.

Die Volkskonserwativen an den Reichspräsidenten

Berlin, 14. Februar. Die Volkskonserwativen Vereinigung richtete an den Reichspräsidenten ein Telegramm, in dem sie ihn bittet, sich in diesem Jahre schwerster Entscheidungen erneut ohne Rücksicht auf die Parteien und Gruppen dem deutschen Volk als unabhängiger Treuhänder zur Verfügung zu stellen.

Keine sozialdemokratische Jährländkandidatur

Berlin, 14. Februar. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in einem groß aufgemachten Artikel mit der Reichspräsidentenwahl. Das Blatt schreibt: Die Sozialdemokratie wird nicht den kommunistischen Ansinnen mit zwei multipflanzigen: Sie wird sich nicht ohne sorgfältige Prüfung der Risiken zu einer sozialdemokratischen Kandidatur entschließen. Für eine solche Jährländkandidatur ist sie sich zu gut. Die Sozialdemokratie kann keinen Kandidaten aufstellen, ohne wirklich um den Sieg zu kämpfen. Die Sozialdemokratie muß im Interesse der Arbeiterklasse alles tun, um wenigstens dem Faschismus den Sieg zu entreißen, mit anderen Worten, sie muß auf einen eigenen Kandidaten verzichten, wenn sie einen anderen sieht, durch dessen Aufstellung ein Keil in die Reihen der Gegner getrieben und eine Niederlage der Harzburger Front herbeigeführt werden kann.

Reichsarbeitsminister Stegerwald zur

Reichspräsidentenwahl

Waderborn, 14. Februar. In einer Rede auf dem Kreisparteitag des Zentrums in Warburg erklärte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald zur Reichspräsidentenwahl, daß die Wiederwahl Hindenburgs eine Stärkung des deutschen Volkes im Innern bedeuten würde. Außerdem sei eine Frage des internationalen Ansehens, eine Ehrenfrage und eine Frage der politischen Kultur des deutschen Volkes. Den Nationalsozialisten die Macht überantworten, um damit dem deutschen Volke zu zeigen, daß das Schreien und Politikmachen nicht ein und dasselbe sei, gehe nicht an; denn das Beirgeld dafür sei zu hoch.

Memel-Zwischenfall vor dem Völkerbundsrat

Genf, 13. Februar. Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag zusammengesessen, um gemäß dem Antrag der deutschen Regierung zu den Verletzungen des Memelstatuts durch die litauische Regierung Stellung zu nehmen. Deutschland ist durch den Staatssekretär von Bälou vertreten. Der litauische Außenminister Jauntius, der sich zuerst gemeldet hatte, zu der Verhandlung in Genf zu erscheinen, ist hier in Begleitung des früheren litauischen Botschafters in Berlin, Sdyklauskas, in Genf eingetroffen und hat am Ratstisch Platz genommen. England, Italien und Spanien sind nach der Abreise ihrer Außenminister durch Lord Londonderry, Plotti und Madariaga vertreten. Den Vorsitz führt der Vertreter Frankreichs, Paul Boncour. Der Ratstischpräsident läßt, nachdem er die Sitzung eröffnet und den Gegenstand der Tagesordnung angegeben hatte, zunächst die deutsche Beschwerde vom 8. Februar verlesen und erteilt hierauf dem deutschen Vertreter das Wort.

Die Rede des Staatssekretärs v. Bälou

Genf, 13. Februar. Bei seinen Ausführungen zu dem Memel-Zwischenfall, die Staatssekretär von Bälou heute nachmittag im Völkerbundsrat machte, kam der deutsche Delegierte nach Begründung des deutschen Antrages ausführlich auf die Vorgeschichte des litauischen Staatsrechtes zu sprechen. Er führte hierbei u. a. aus: Mitte Dezember v. J. hatte Vötkcher als Leiter bedeutender landwirtschaftlicher Unternehmungen im Memelgebiet an einer Sitzung des Reichstages und Reichstages in Berlin teilgenommen und hatte

zwei andere Mitglieder der memelländischen Landwirtschaft gebeten, ihn zu begleiten, da er die Gelegenheit seiner Reise nach Berlin benutzen wollte, um sich dort mit den beiden anderen Herren im Interesse der von ihnen vertretenen landwirtschaftlichen Kreise nach den Möglichkeiten eines besseren Exports von landwirtschaftlichen Produkten nach Deutschland umzusehen. Die Herren sind dabei in keiner Weise als Delegation des Memelgebietes oder überhaupt auf Grund amtlicher Funktionen, sondern lediglich als private Vertreter der memelländischen Landwirtschaft aufgetreten und nur in dieser Eigenschaft empfangen worden.

Zum Schluß erklärte der deutsche Vertreter: Die Maßnahmen des Gouverneurs stellen eine flagrante Verletzung des Memelstatuts dar. Die Spitze der autonomen Verwaltung, der Träger der durch internationalen Vertrag garantierten Memelautonomie, das Direktorium, ist unter Verletzung des Statuts gewaltsam beseitigt worden. Diese Verletzung ist um so ernster, als die litauische Regierung noch am 30. Januar durch ihren Gesandten in Berlin der deutschen Regierung die ausdrückliche Erklärung hat abgeben lassen, daß Litauen die international garantierte Autonomie des Memelgebietes achten werde. Leider ist es nicht das erste Mal, daß sich der Rat mit denartigen Fragen des Memelgebietes beschäftigen muß. Die jüngsten Vorgänge dürfen nicht als isoliertes Ereignis betrachtet und gewertet werden. Sie sind ein Glied in einer langen Kette von litauischen Maßnahmen, denen die memelländische Bevölkerung seit Jahren ausgesetzt ist. Ich möchte vorläufig davon absehen, hier die Methoden näher zu schildern und zu charakterisieren, die der jetzige Gouverneur des Memelgebietes gegenüber der Bevölkerung angewandt pflegt. Ich beschränke mich darauf, folgende Punkte hervorzuheben: